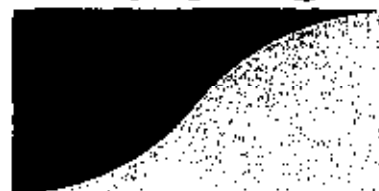


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 846 ppbn d



Inhalt

39. Jahrgang / 235

6. Dezember 1984

Dr. Wilhelm Nöbel MdB,
Medienpolitischer Spre-
cher der SPD-Bundestags-
fraktion, wirft Schwarz-
Schilling vor, den Ge-
heimvertrag mit einer
privaten TV-Firma ge-
kannt zu haben: Der Me-
dienminister hat gelogen.
Seite 1

Inge Wettig-Danielmeier
MdL, Bundesvorsitzende
der Arbeitsgemeinschaft
sozialdemokratischer
Frauen (AsF), verallge-
meinert Wahlkampf-Erfah-
rungen von Geraldine
Ferraro im Hinblick auf
die Situation in der
Bundesrepublik: Frauen-
Kandidatur von positiver
Wirkung. Seite 3

Klaus Wettig MdEP, Prä-
sident des Gemeinsamen
Ausschusses Europäisches
Parlament - Portugiesi-
sches Parlament, gratu-
liert Mario Soares zum
60. Geburtstag: Ohne die-
sen Politiker gäbe es
keine Demokratie in Por-
tugal. Seite 5

Schwarz-Schilling hat das Parlament belogen

Der Medienminister kannte den Geheimvertrag mit einer privaten TV-Firma

Von Dr. Wilhelm Nöbel
Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Unfähigkeit ist nirgends als Entschuldigung anerkannt: "Dummheit schützt vor Strafe nicht". Wo bleibt sie für den Bundespostminister, der nach eigener Aussage nicht weiß, was in seinem Hause los ist. Er erklärte dem Bundestag, der Geheimvertrag mit einer privaten Fernsehfirma habe er nicht auf seinem Schreibtisch gehabt, was ja bedeutet, er kenne ihn gar nicht. Und genau das ist die Unwahrheit. So erklärte zum Beispiel der Sprecher des Postministeriums am gleichen Tage im Deutschlandfunk: Von "der Diskrepanz zwischen den Fachleuten und dem Minister kann keine Rede sein... Der Vertragsvorschlag ist von sämtlichen Juristen dieses Hauses völlig einstimmig abgegeben worden."

Bundespostminister Schwarz-Schilling hat das Parlament wissentlich belogen, der Gipfel seiner Eskapaden. Und neue zeichnen sich bereits ab. Am 17. Dezember befaßt sich der Postverwaltungsrat mit dem Haushaltsvoranschlag der Deutschen Bundespost für 1985. Darin entlarvt sich der selbst ernannte Medienminister mit seinen eigenen Zahlen. Er mag die medienrelevanten Ansätze zu verstecken versuchen, wie er will, jedoch der Unterschied zwischen Wollen und Können ist ganz erheblich und das verderblichste aller Modekleider ist bekanntlich das Feigenblatt.

Da stecken Personalkostenanteile von über 300 Millionen drin. Die 685 Millionen für "Einrichtungen für den Nachrichtenverkehr über Satelliten" hören sich unverdächtig postalisch an, während es in Wirklichkeit um Fernsehen statt um Fernmeldeeinrichtungen geht. Bei den 500 Millio-



nen für Richtfunkleinrichtungen handelt es sich um Programmführungen, 92 Millionen plus 30 Millionen Verpflichtungsermächtigungen sind für Antennenträger für Fernsehfüllsender und Rundfunkempfangsstellen eingesetzt. Als ein typisches Beispiel für versteckte medienpolitisch motivierte Ausgaben nehme ich die Kraftfahrzeuge für das Fernmeldewesen, bei denen zusätzlicher Bedarf wegen der verstärkten Breitbandverkabelung und der Intensivierung der Werbemaßnahmen im Marketingbereich besteht.

Mit Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit hat das alles nichts zu tun. Auch nichts mit Haushaltssolidität, wenn in den Jahren 1983 bis 1985 den über 4,5 Milliarden medienpolitischen Ausgaben noch nicht einmal 300 Millionen Einnahmen gegenüberstehen.

Die Serie reißt nicht ab, und ich bin sicher, daß dieser Medienvogt sein kaum noch zu beschreibendes Legalitätsdefizit, seinen ständigen Konflikt mit der Verfassung, der Rechtsstaatlichkeit, fortschreibt. Mit Erpressung, mit Druck auf die Länder, will der in Panik geratene medienpolitische Eiferer seine hoffnungslos verstrickte Verkabelungspolitik doch noch retten. Fast jedes Mittel ist ihm recht. Ich übertreibe nicht mit der Erwartung, daß seine verfassungsrelevanten Verstöße sehr bald Karlsruhe beschäftigen dürften und die fortgesetzte Geschäftsmacherei mit zweckentfremdeten Geldbeträgen die Gerichte.

Das Gutachten des Bundesrechnungshofes, die Bescheinigung eines finanzpolitischen Desasters, hat offensichtlich keine Wirkung hinterlassen. Das bestellte Gegengutachten verwechselt Äpfel mit Birnen.

Hinzu kommt, daß die einheitliche Medienlandschaft durch die unterschiedliche Entwicklung der Kabelnetze in Ballungsräumen und auf dem flachen Land zerbricht, und damit der chancengleiche Zugang aller Bürger.

Wenn man sich überlegt, was mit dem kleinen Mann geschieht, der 1,50 DM Steuern zu wenig abführt, und nichts mit dem Minister, der öffentliche Milliarden mir nichts, Dir nichts in den Sand setzt, steht der Rechtsstaat Kopf.

(-/6.12.1984/ks/rs)

+ + +



Frauen im Wahlkampf

Das Engagement von Geraldine Ferraro - und was wir daraus lernen können

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Kandidaturen von Frauen für politische Spitzenämter sind eine Ausnahme, ein Phänomen, das einer näheren Analyse bedarf.

Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen sind vorbei. Im Ergebnis brachten sie keine Überraschung, mit den Folgen werden wir uns noch längere Zeit auseinanderzusetzen haben.

Mit Geraldine Ferraro wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten einer Frau die Möglichkeit gegeben, als Kandidatin für das Amt der zweiten Frau im Staate die Wähler und Wählerinnen für sich und den demokratischen Kandidaten Mondale zu gewinnen.

Wir können darüber nicht zur Tagesordnung übergehen. Auch in der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren der Einfluß von Meinungsforschung und Wahlanalysen auf die Wahlkampfstrategie der politischen Parteien verstärkt. Das Beispiel Ferraro aus den USA wird uns deshalb in der einen oder anderen Form auch in der Bundesrepublik beschäftigen.

Auch bundesrepublikanische Wahlkampfstrategen haben den amerikanischen Wahlkampf sehr sorgfältig beobachtet, und ihre Schlüsse fallen allemal nicht frauenfreundlich aus.

Als Walter Mondale Geraldine Ferraro als sein "running mate", als die Kandidatin für die Vizepräsidentin im Falle seiner Wahl benannte, registrierten die Meinungsforschungsinstitute in den USA einen deutlichen Aufschwung für Mondale - allerdings blieb er in der Popularität auch weiterhin hinter Reagan zurück. Die Medien reagierten mit einer umfänglichen und zunächst überwiegend positiven Berichterstattung auf die erste Nominierung einer Frau für ein so hohes Amt in den USA.

Kurz vor der Wahl kommentierten zahlreiche Meinungsforschungsinstitute ebenso wie einige Medien, Ferraro habe die Frauen nicht gewinnen können, unter weißen Frauen der Mittelklasse sei ihre Kandidatur eher auf Ablehnung als auf Zustimmung gestoßen. Sie habe der Kandidatur Mondales eher geschadet als genutzt. Dazu traten allerhand Spekulationen, wie die Kandidatur eines Vizepräsidenten in den USA verlange Aggressivität und Härte, beides habe Ferraro gezeigt, beides sei aber unvereinbar mit der Vorstellung der Amerikaner von der Rolle der Frau. Die Kandidatur von Frauen für Spitzenämter zahle sich nicht aus. Ganz kluge Beobachter meinten gar, Frauenkandidaturen seien nirgendwo sinnvoll, weder in den USA noch in Europa.

Zunächst ist es kurzfristig, die Erfahrung eines Landes ohne Wenn und Aber auf ein anderes Land übertragen zu wollen.

Die genauere Analyse zeigt, daß es in den USA allerdings Unterschiede zu Europa gibt, und daß in den von der europäischen Entwicklung weniger berührten Bundesstaaten, insbesondere des Südens, ein Großteil der Bevölkerung nicht nur rassistische, sondern auch sexistisch eingefahrene Vorurteile pflegt; außerdem in Politik und allgemeinen Lebensgewohnheiten nachdrücklich hinter die Aufklärung zurückstrebt.

Für einen anderen Teil der Staaten gilt das aber ganz und gar nicht. Nach den Wahlen ebenso wie vor der Wahl blieben Kommentare und Berichterstattung positiv. Mit Bewunderung wurde die ungewöhnliche Wahlkampfleistung Ferraros hervorgehoben, obwohl sie als Frau natürlich nicht die Erfahrungschancen in Regierungsämtern und Parteifunktionen gehabt hatte, wie ihre männlichen Mitbewerber. Nach dem Präsidenten zog sie bei



öffentlichen Veranstaltungen die meisten Zuhörer und Zuschauer, Zuhörerinnen und Zuschauerinnen an und erhielt sich ihre Aufmerksamkeit und ihren Beifall. Auch in den Politikbereichen, in denen sie vor ihrer Nominierung keine Erfahrung sammeln konnte, erreichte sie im Laufe des Wahlkampfes eine allgemein anerkannte Kompetenz. Sie demonstrierte, daß auch Frauen einen zähen und harten Wahlkampf durchstehen können, genau wie Männer oder sogar besser als Männer.

Was die verschiedenen Ergebnisse der Meinungsforschung angeht, so kann man ihrer Interpretation eine gewisse Naivität nicht absprechen. Wer würde von einer knallharten CDU-Frau annehmen, daß sie eine progressive SPD-Frau wählen würde, nur weil sie eine Frau ist?

Wer würde annehmen, daß die Wählerinnen und Wähler in den USA Demokraten wählen, nur weil sie eine Frau als Vizepräsidentenkandidatin aufgestellt haben. Programm und Kandidatin oder Kandidat gehören zusammen. Immerhin gaben elf Prozent der demokratischen Wählerinnen und Wähler an, sich so entschieden zu haben, weil die Demokraten eine Frau aufgestellt hatten. Bei der Präsidentschaftswahl am 6. November lagen die Demokraten bei den Wählerinnen um acht bis neun Prozent besser als bei den Wählern. Sie lagen insgesamt zu schlecht in einem konservativen Land gegen einen bekannten Amtsinhaber.

Entscheidend war, daß die Nominierung einer Frau, und einer Frau wie Ferraro, die Demokraten selbst ungeheuer mobilisiert hat. Wer am Wahlabend die Reaktion von Demokraten vor den Bildschirmen erlebt hat, der kann bezeugen, daß die Demokraten stolz waren auf ihre Vizepräsidentenskandidatin.

In dem Land, in dem die Politik von Spenden lebt und leben muß, brachte die persönliche Spendenkampagne von Geraldine Ferraro vier Millionen Dollar zusätzlich in die Parteikasse. Sie konnte durch persönliche Ansprache und Unterschrift 10.000 neue Spender für die Demokraten anwerben, weit mehr als der Präsidentschaftskandidat Mondale. - Insgesamt bekam die Republikanische Partei als Partei des Big Business allerdings fünfmal soviel Spenden wie die Demokratische Partei und setzte sie für den Wahlkampf ein! - Auf Ferraros Aufruf hin meldeten sich innerhalb von fünf Tagen 12.000 Freiwillige zur Wahlkampfhilfe für die Demokraten. Auch das übertraf die Mobilisierungserfolge von Mondale. Wie nie ein Vizepräsidentenskandidat zuvor war Ferraro Thema der Medien; sie verdoppelte die positive Berichterstattung über die Demokraten - kostenlos!

Ferraro war keine Belastung für den demokratischen Wahlkampf, auch wenn eingefleischte Republikanerinnen und konservative Demokratinnen des Südens sie nicht wählten; sie hätten Mondale auch mit einem anderen running mate nicht gewählt.

Wenn der demokratische Wahlkampf nach den selbsterstörerischen Vorwahlen überhaupt Schwung bekam, so war das Ferraro zu verdanken.

Und wenn Mondale sich auch in der Geschichte einen Platz gesichert hat, dann nur, weil er eine Frau als Vizepräsidentin aufstellte und so deutlich machte, daß die Frauen in den USA wenigstens auf seine Partei noch rechnen können.

Auch die Wahlkampfplaner in der Bundesrepublik können an diesen Ergebnissen der US-Wahlkampagne nicht vorbei. Eine positive Wirkung von Frauenkandidaturen ist jedenfalls gegenwärtig nicht zu leugnen.

(-/6.12.1984/ks/rs)

+ + +



Mario Soares zum 60. Geburtstag

Ohne diesen Politiker hätte die Demokratie in Portugal nicht siegen können

Von Klaus Wettig MdEP

Präsident des Gemeinsamen Ausschusses Europäisches Parlament - Portugiesisches Parlament

"Mario, amigo, o povo esta contigo", (Mario, Freund, das Volk steht hinter Dir), diesen Sprechchor aus den bewegten Revolutionsjahren 1974 bis 1976 wird der portugiesische Ministerpräsident, Mario Soares, der am 7. Dezember 60 Jahre alt wird, nur noch selten zu hören bekommen. Die breite, weit über die Wählerschaft der Sozialistischen Partei hinausreichende Zustimmung dieser Jahre ist einer nüchteren Einschätzung gewichen. Mario Soares wird akzeptiert als der neben Staatspräsident Eanes einzige portugiesische Politiker, der Portugal wegen seiner internationalen Erfahrungen und seines ungebrochenen internationalen Ansehens durch schwieriges Fahrwasser steuern kann.

Erfahrungen und Ansehen hat Mario Soares auf einem langen zuweilen bitteren Weg erworben. Dem Sohn eines Ministers der 1. portugiesischen Republik tritt der Salazarismus in den vierziger und fünfziger Jahren auf der Höhe seiner Macht entgegen. Der junge Soares engagiert sich, wie viele Salazar-Gegner seiner Generation, in der Kommunistischen Partei. Sie war die einzige Partei Portugals, die, wenn auch verboten und hart verfolgt, Salazar-Gegnern die Chance des politischen Kampfes gegen die Diktatur und materielle Unterstützung anbot. Der von ihr verlangte bedingungslose Gehorsam ließ Mario Soares bald mit den Kommunisten brechen. Die Unterdrückung des Ungarn-Aufstandes 1956 sind der letzte Anstoß für seinen Bruch mit der KP. Es folgen schwierige Jahre für den jungen Politiker. Denn andere Organisationen, in denen ein oppositioneller Politiker gegen Salazar arbeiten kann, gibt es weder in Portugal noch im Exil. Erst die seit über zwanzig Jahren mögliche Kandidatur eines demokratischen Politikers zum Amt des Präsidenten geben Mario Soares eine Chance zum öffentlichen Auftreten. Delgado scheidet gegen den offiziellen Kandidaten, dem extreme Behinderungen seines Konkurrenten und Wahlfälschungen zum Sieg verhelfen. Doch nach der Kampagne bleibt eine gestärkte Opposition zurück. Die Gegner des Regimes, vor allem die nichtkommunistischen Demokraten, haben sich sammeln können.

In den folgenden Jahren trifft Mario Soares die Verfolgung des Regimes. Die Verbannung nach Sao Tomé 1968 dauert zwar nur wenige Monate, doch 1970 muß er Portugal ins Exil verlassen, um dem sicheren Gefängnis zu entgehen. Von seinem Pariser Exil aus beginnt er, die portugiesischen Sozialisten zu sammeln. Seit 1934 gibt es keinen organisierten Sozialismus mehr; in Portugal und im Exil existieren nur zersplitterte Gruppen und Einzelpersonen, ohne politischen Zusammenhang und ohne Organisationskraft. Am Ende dieses Sammlungsprozesses steht die Gründung einer neuen Sozialistischen Partei 1973 in Bergneustadt. Ohne Ausnahme beteiligen sich alle sozialistischen Politiker an der Gründung und am Aufbau der neuen Partei, die damit nach fast vierzig Jahren Vorherrschaft der KP zur demokratischen Alternative wird.

Für die junge Sozialistische Partei und ihren Generalsekretär Mario Soares bringt der überraschende Aufstand der Hauptleute am 25. April 1974 bald eine versöhnliche Herausforderung. Die im Aufbau befindliche Partei, mit schwachen Kadern, unerfahrenen Repräsentanten, materiell deutlich unterlegen, wird zum Gegenpol der kommunistischen Aktivitäten, die gedeckt von Teilen des militärischen Revolutionsrats, mit der Technik der



Macht ein kommunistisches Portugal vorbereiten. Mario Soares hat damals vieles schlucken müssen, um das von ihm angesteuerte Ziel "freie Wahlen" erreichen zu können. Denn nur über freie Wahlen konnten die realen politischen Mehrheiten in Portugal festgestellt werden. Am 25. April 1975 war dieses Ziel erreicht: die demokratischen Parteien errangen eine überwältigende Mehrheit, auf die Sozialisten entfielen 40 Prozent der Mandate.

Der Sommer 1975 wird dann zur härtesten Probe für die Sozialisten. Der Technik der Macht und der Mobilisierung der Massen müssen sie ihre eigene Stärke entgegensetzen. Die Abstimmung auf der Straße gewinnen die Sozialisten dank der charismatischen Fähigkeiten ihres Generalsekretärs. Der Putschversuch im November, dem sich die Mehrheit der Militärs nicht anschließt, beendet dann den kommunistischen Versuch der Machtübernahme.

Aus den Parlamentswahlen 1976 gehen die Sozialisten wiederum als Sieger hervor und können nun die erste sozialistisch geführte Regierung Portugals unter Mario Soares bilden. Die Überschätzung der eigenen Stärke und ein in der Partei starker Gauchismus, der in der KP und nicht in der liberalen PPD den Koalitionspartner sieht, veranlassen Mario Soares den Mittelweg in einer Minderheitsregierung zu suchen. Seine Regierungszeit findet 1978 ihr Ende, trotz des Versuchs, in dem christlich-konservativen CDS einen Koalitionspartner zu finden.

Das Bild des Mario Soares wird vor allem durch die Regierungszeit und die folgende Oppositionszeit verdunkelt. Aus der Regierungszeit bleibt auf der Haben-Seite, daß die Sozialisten viel für die Festigung der jungen Demokratie getan haben, und daß sie mit ihrer Orientierung zur Europäischen Gemeinschaft den einzigen Weg zu Gesundung der maroden portugiesischen Ökonomie gewiesen haben.

Die Jahre der Opposition belasten die Sozialistische Partei zunächst schwer. Streitigkeiten über den Kurs und personelle Querelen führen die Sozialisten weg von der Regierungsfähigkeit. Erst die Führungsschwäche der PPD nach dem Unfalltod ihres Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Sa Carpeiro bringt die Sozialisten der Regierungsverantwortung näher. Am 25. April 1983 gewinnen die Sozialisten wieder die Parlamentswahl und bilden eine Koalitionsregierung unter Mario Soares mit der PPD: Wie es scheint, die erste portugiesische Regierung seit 1974, die volle vier Jahre im Amt bleiben wird.

Mario Soares Ziel ist nicht, bis 1987 Ministerpräsident zu bleiben. Er möchte im Dezember 1985 Nachfolger von Eanes als Staatspräsident werden. Damit würde seine Laufbahn den krönenden Abschluß finden, die trotz ihrer Höhen und Tiefen, ihrer bitteren Jahre in der Opposition, Respekt und Achtung verdient. Ohne diesen Mann hätte die politische Demokratie in Portugal nicht siegen können.

(-/6.12.1984/ks/rs)

+ + +

